

# Ratsbrief

NSGB-Intern Nr. **03/2006**

15.05.2006

Nachrichten für Bürgermeister/innen, Hauptverwaltungsbeamte/innen und Fraktionsvorsitzende aus dem Bereich des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes (NSGB)

---

**Der Spruch am Anfang:** Älter werden ist die einzige Möglichkeit, am Leben zu bleiben.

## **Schlanke Bauordnung**

**Die Einstellplatzpflicht soll kommunalisiert werden.** Derzeit wird durch Landesgesetz (Nds. Bauordnung) die Einstellplatzpflicht flächendeckend geregelt. Künftig sollen die Gemeinden per Satzung über Umfang und Ausgestaltung der notwendigen Einstellplätze bestimmen. Im Rahmen einer vom Sozial- und Wirtschaftsministerium geplanten Initiative soll die Nds. Bauordnung entrümpelt werden. So soll z.B. für bestimmte Werbeanlagen in Gewerbe- und Industriegebieten die Baugenehmigung entfallen. Die Eckpunkte für eine umfassende Entbürokratisierungsinitiative sollen bis Ende 2006 erarbeitet werden. (20/IV/1 - Rb 03/06 - 31)

## **Sperrzeit**

**Die Sperrzeit für Gaststätten soll verkürzt werden.** Das ist das Ergebnis eines zweijährigen Pilotprojektes in 23 Städten und Gemeinden, das positive Erfahrungen mit der Reduzierung der Sperrzeiten erbracht hat. Künftig sollen landesweit Schank- und Speisewirtschaften durchgehend bis auf die sog. Putzstunde zwischen fünf und sechs Uhr morgens ihre Gäste bewirten dürfen. Bislang muss eine Sperrzeit zwischen zwei (sonntags drei) und sechs Uhr morgens eingehalten werden. Eine entsprechende Verordnung soll rechtzeitig zur Fußball-WM in Kraft treten. (20/IV/2 - Rb 03/06 - 32)

## **Hausärzte-Mangel**

**Im ländlichen Raum droht ein Hausärzte-Mangel.** Die Kassenärztliche Vereinigung sieht „dringenden Handlungsbedarf“. Von insgesamt rund 11.400 Kassenärzten in Niedersachsen - Hausärzte und Fachärzte - werden nach einer Prognose der KVN rund 3.680 bis zum Jahr 2015 im Alter von 65 Jahren ausscheiden. Ein Ärzte-Mangel könne vor allem in den Landkreisen Emsland, Gifhorn, Soltau-Fallingb., Harburg, Wolfenbüttel, Celle und Stade drohen. Bislang kommen in Niedersachsen 1.500 bis etwa 2.100 Einwohner auf einen Hausarzt. Der Nds. Städte- und Gemeindebund hatte im Juli 2005 angeregt, im Rahmen der Novellierung des SGB V eine Hausarztversorgung auch außerhalb der größeren Städte sicherzustellen. (20/II/1 - Rb 03/06 - 33)

### **Kürzung der Regionalisierungsmittel abgelehnt**

**Die vom Bund geplante Kürzung der Regionalisierungsmittel wird vom Städte- und Gemeindebund abgelehnt.** In seinem Haushaltsbegleitgesetz 2006 hat das Bundeskabinett eine Kürzung der Regionalisierungsmittel vorgesehen, die im Jahre 2009 rund 876 Mill. Euro betragen sollen. Damit sollen Finanzierungsmittel, die mit der Aufgabe "Schienenpersonennahverkehr/ÖPNV" auf die Länder und Kommunen übertragen wurden, einseitig gekürzt werden. Eine derartige Mittelkürzung ist mit erheblichen Gefahren für die Qualität des ÖPNV und des SPNV in Deutschland verbunden. Bei unveränderten Angeboten würde das Defizit voll zu Lasten der Länder und der Kommunen durchschlagen. Dies betrifft mittelbar auch die kreisangehörigen Städte und Gemeinden. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hat den Bundesgesetzgeber und die Länder auf erhebliche Bedenken gegen die Kürzung der Regionalisierungsmittel aufmerksam gemacht. Da das Gesetz zustimmungsbedürftig ist, bestehen gute Chancen, dass die entsprechenden Vorschläge des Bundeskabinetts nicht Wirklichkeit werden. (20/II/2 - Rb 03/06 - 34)

### **Windenergietrassen**

**Der Ausbau der Windenergie ist auch ohne neue Stromtrassen möglich.** Auch durch die Optimierung bestehender Trassen kann mittelfristig eine hohe Versorgungssicherheit in Deutschland gewährleistet werden. Das hat Bundesumweltminister Gabriel in einem Brief an den DStGB erklärt. Überstürzte Entscheidungen zum Bau von Freileitungen sind demzufolge nicht erforderlich. Im Rahmen eines Infrastruktur-Planungs-Beschleunigungsgesetzes sollen Anreize für Netzbetreiber geschaffen werden, den erforderlichen Netzausbau jedenfalls in bestimmten Gebieten in Form von Erdkabeln durchzuführen. In dem Gesetzentwurf sollen auch GIL-Systeme berücksichtigt werden. Damit wird vom Gesetzgeber eine Anregung des NSGB aufgenommen. Angesichts des laufenden Gesetzgebungsverfahrens fordert der NSGB, dass in Niedersachsen laufende Planungen für Freileitungen bis zur Verabschiedung dieses Gesetzes zurückgestellt werden. (20/III/1 - Rb 03/06 - 35)

### **Gaslieferungsverträge**

**Gaslieferungsverträge haben einen Optimierungsbedarf.** Zwei Drittel der Sonderverträge mit Leistungspreisregelung weisen Nachteile gegenüber den Standardtarifen auf. Das hat jetzt eine von der KWL durchgeführte Untersuchung ergeben. Es wird daher dringend dazu geraten, alle Altverträge auf den Prüfstand zu stellen. Selbst bei der Wahl des richtigen Standardtarifes gibt es nach den Ergebnissen der KWL-Untersuchung Optimierungsbedarf. Die KWL bietet dazu weiterhin die kostenlose Prüfung der Gaspreise an. Näheres erfahren Sie unter [www.kommunaleinkauf.de](http://www.kommunaleinkauf.de). (20/III/2 - Rb 03/06 - 36)

### **Bürger-Streifendienst**

**In Niedersachsen soll es einen freiwilligen Streifen- und Ordnungsdienst geben.** Dies sieht ein auf zwei Jahre angelegtes Pilotprojekt des Innenministeriums vor. Die ehrenamtlichen Streifendienste sollen durch Präsenz und Kontrollgänge im öffentlichen Ordnungsraum das Sicherheitsgefühl der Bürger stärken. Besondere Befugnisse, die über die sog. Jedermannsrechte hinausgehen, soll es aber nicht geben. Die Gemeinden sollen die Freiwilligen auswählen, schulen und für den Einsatz Aufwandsentschädigung gewähren. Das Innenministerium will die Gemeinden lediglich bei der Ausbildung unterstützen. Der NSGB spricht sich für Entscheidungen in den Gemeinden bzgl. einer Teilnahme an dem Projekt aus, erinnert aber daran, dass das Land für die Gewährleistung der Sicherheit der Bürger verantwortlich sei. Dieser Verantwortung müsse durch ausreichende Präsenz von regulärer Polizei, auch in den ländlichen Räumen, nachgekommen werden. (20/IV/3 - Rb 03/06 - 37)

**Biogas**

**Die Nutzung von Biogas hat Zukunft.** So kann beispielsweise mit der Gülle von 4 Kühen der Jahresstromverbrauch eines Vier-Personen-Haushalts erzeugt werden. Dieses Beispiel macht deutlich, dass gerade in ländlich strukturierten Gebieten die Energieform Biogas künftig eine bedeutende Rolle spielen wird. Die Kommunale Umwelt-Aktion U.A.N. hat in einer aktuellen Broschüre „Biogasanlagen und Gemeinden“ die vielschichtigen gemeindlichen Aspekte der Biogasnutzung dargestellt. Die Broschüre kann zum Preis von 17,10 Euro zzgl. Porto und Verpackung unter [www.uan.de](http://www.uan.de) bestellt werden. (20/III/3 - Rb 03/06 - 38)

**Familienförderung**

**Familien erhalten jährlich fast 100 Milliarden € Leistungen von Bund, Ländern und Gemeinden.** Dies entspricht nach einem Bericht der FAZ vom 2.3.2006 einem Anteil von 4,5 % am Bruttoinlandsprodukt (BIP). 1992 erhielten Familien vom Staat 65 Milliarden €, das waren 3,9 % am BIP. Dabei geht es u.a. um folgende Leistungen: Den größte Posten umfasst das Kindergeld und die steuerlichen Kinderfreibeträge, für die 2006 36,1 Milliarden € veranschlagt sind. Die beitragsfreie Mitversicherung von Kindern in der Krankenversicherung wird mit 12,5 Milliarden € im Jahr veranschlagt, in der Pflegeversicherung mit einer knappen Milliarde. Kindererziehungszeiten bezuschusst der Bund in der gesetzlichen Rentenversicherung mit 11,4 Milliarden €. Für das Erziehungsgeld sind 2,8 Milliarden € vorgesehen. Für die Kinderbetreuung in Kindergärten, Ganztagschulen und Krippen stellen Bund, Länder und Gemeinden gut 10 Milliarden € (2004) zur Verfügung.

Die Kosten für Schulen beliefen sich 2002 auf 44,5 Milliarden €. Da sie zu den Bildungsausgaben zählen, fließen sie nicht in die hier vom Finanzministerium gewählte sozialpolitische Abgrenzung der Familienleistungen ein. (20/II/3 - Rb 03/06 - 39)

**Sparkassen**

**Die Großbanken fordern das Ende des Namensmonopols für Sparkassen.** Damit wollen sie den in vielen Generationen von den kommunalen Sparkassen aufgebauten Vertrauensbonus zum eigenen Vorteil verwenden dürfen. Denn mit dem Begriff „Sparkasse“ ist das positive Alleinstellungsmerkmal verbunden, in der Region und für die Region Partner und Finanzdienstleister für Jedermann zu sein. Wegen eines angeblichen Verstoßes gegen die Kapital- und Niederlassungsfreiheit im Binnenmarkt soll die EU gegen die gewachsenen Interessen der Kommunen und ihren Sparkassen instrumentalisiert werden. Die EU-Kommission plant derzeit, ein seit 2003 laufendes Vertragsverletzungs-Verfahren gegen Deutschland wieder aufzunehmen. Dabei geht es um das im deutschen Kreditwesengesetz verankerte Namensmonopol für öffentlich-rechtliche Einrichtungen. (20/V/1 - Rb 03/06 - 40)

**LKW-Maut**

**In Niedersachsen wird es vorläufig keine LKW-Maut auf Bundesstraßen geben.** Das hat der Nds. Wirtschaftsminister dem NSGB mit Schreiben vom 8.3.2006 mitgeteilt. Maßgeblich für diese Entscheidung des Wirtschaftsministeriums waren die Voten der zuständigen kommunalen Straßenverkehrsbehörden. Diese hatten ihre zunächst geäußerte Zustimmung zur Einbeziehung von Bundesstraßen in die Mautpflicht im Laufe des Prüfungsverfahrens zurückgezogen. Allerdings haben die Straßenverkehrsbehörden die Möglichkeit, ein Durchfahrtsverbot für mautpflichtige LKW im Durchgangsverkehr anzuordnen. (20/II/4 - Rb 03/06 - 41)

**Wasser-Benchmarking**

**Benchmarking gewinnt in der Wasserwirtschaft große Bedeutung.** Das ergibt sich aus dem Modernisierungsbericht des Bundeskabinetts für die deutsche Wasserwirtschaft. Wesentlicher Bestandteil des nationalen Modernisierungskonzeptes soll ein anonymisiertes, möglichst flächendeckendes Benchmarkingsystem sein, das

inhaltlich von den Teilnehmern selbst bestimmt wird. Der Erfolg dieser Initiative, die auf freiwilliger Basis mit vertraulicher Datenbehandlung beruht, ist der ganzheitliche Ansatz. Denn es werden die Aspekte Qualität, Ver- und Entsorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit, Kundenservice und Nachhaltigkeit berücksichtigt. Das Modernisierungskonzept kann über das Intranet des NSGB ([www.nsgb.de](http://www.nsgb.de)) abgerufen werden. (20/III/4 - Rb 03/06 - 42)

### **Küstenmanagement**

**Das Bundeskabinett hat einen Nationalen Bericht für ein Integriertes Küstenzonenmanagement (IKZM) verabschiedet.** Damit ist eine entsprechende Empfehlung der EU umgesetzt worden. Das IKZM soll die verschiedenen Sichtweisen und unterschiedlichen Nutzungsinteressen in der Küstenregion zusammenführen und die Umsetzung konkreter Vorhaben erleichtern. Der Deichausbau vor dem Augustgroden am Ostufer des Jadebusens in Ostfriesland wird als ein Beispiel für die Umsetzung der IKZM-Strategie genannt. Dort sei durch Kooperation zwischen den betroffenen Nutzern und Umweltverbänden erreicht worden, dass anstelle einer Vordeichung ein neuer Deich landeinwärts gebaut wurde. Weitere Informationen unter [www.ikzm-strategie.de](http://www.ikzm-strategie.de). (20/III/5 - Rb 03/06 - 43)

### **Demografischer Wandel**

**Es gibt eine Handreichung zur Erstellung eines lokalen Demografieberichts.** Die Bertelsmann-Stiftung hält eine entsprechende Online-Präsentation bereit unter [www.aktion2050.de/wegweiser](http://www.aktion2050.de/wegweiser). Die Handreichung soll als Informations- und Frühwarnsystem für Kommunen dienen, die sich aktiv um die bevorstehenden Veränderungen kümmern. Für Kommunen ab 5.000 Einwohnern werden Prognosen und Handlungskonzepte für die kommunale Praxis angeboten. Die Kommunen erhalten dort demografierelevante Daten, eine Bevölkerungsprognose bis zum Jahr 2020 und Handlungskonzepte für kommunale Problemlagen, die daraus entstehen. Die Angaben können mit den Daten von bis zu 5 anderen Kommunen verglichen werden und ermöglichen es, einen Demografiebericht zu erstellen. Für alle Einheits- und Samtgemeinden Niedersachsens können die zentralen Eckdaten mit umfassenden Vergleichsmöglichkeiten über die Startseite der NSGB-Homepage abgerufen werden <http://www.nsgb.info/default.asp>. (20/VI/1 - Rb 03/06 - 44)

### **Ausländer**

**Die ausländische Bevölkerung besteht überwiegend aus jungen Menschen.** Während das Durchschnittsalter von Ausländern im Erwerbsalter bei rund 34 Jahren liegt, sind die Deutschen mit 42 Jahren 8 Jahre älter. Die Bevölkerungspyramide zeigt, wie sich die Altersstruktur der ausländischen von der deutschen Bevölkerung unterscheidet. Diese und viele weitere interessante Ergebnisse können in der Publikation „Strukturdaten und Integrationsindikatoren über die ausländische Bevölkerung in Deutschland“ abgerufen werden unter <http://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls>. (20/IV/4 - Rb 03/06 - 45)

**Die Niedersächsische Gemeinde** (DNG) enthält in der in der 23. Woche erscheinenden 3. Ausgabe zur Mitgliederversammlung 2006 des NSGB u.a. folgende Beiträge: 60 Jahre Niedersachsen, 4. Kongress des Wissens, Lüchow-Dannenberg - unendliche Geschichte oder Beginn einer Strukturreform?, Sparkassen dienen den Bürgern, Christian Wulff eröffnet Landesgartenschau, Zehn Jahre Landfrauenservice, Risiko Eisenbahnbrücken. Mit einer Auflage von 13.200 Exemplaren ist die DNG eine der auflagenstärksten Kommunalzeitschriften in Deutschland. (20/V/2 - Rb 03/06 - 46)

**Der Spruch am Ende:** Man kann nicht die Mauer wegreißen und das Echo stehen lassen.